

stellt werden, dann ist das nichts als hohl.“

Daß die Partei-Publizisten indessen nun derart freimütig ihren eigenen verbalen und gedanklichen Leerlauf aufspießen dürfen, verdanken sie eben jener SED, die noch bis vor kurzem die Sprache bis hinunter zur Kurzmeldung regelte. Erst Erich Honeckers Debüt als Parteichef auf dem VIII. Parteitag im Juni vergangenen Jahres ließ die Zügel lockerer werden: „Herzlosigkeit und Bürokratie“, dazu — so die Parteitags-Entschliebung — alle „Erscheinungen des Subjektivismus, der Rechthaberei, der Schönfärberei“ wurden zum Abschluß freigegeben.

Im April dieses Jahres verdeutlichte Honecker in einem Beitrag für das Journalisten-Fachblatt nochmals seine redaktionellen Richtlinien: Für die DDR-Journalisten gelte es jetzt, „Erreichtes zu analysieren“, „Neues zu projektieren“ und „sich von Überlebtem zu trennen“.

Beim Aufstöbern von Überlebtem konnten Honeckers Adressaten schon bald einen Erfolg melden: Auf ihrem 9. Kongreß vor zwei Monaten in Ost-Berlin eliminierten sie — getreu der SED-Abgrenzungspolitik — aus dem Namen ihrer Organisation, dem „Verband der Deutschen Journalisten“ (VDJ), das Wort deutsch und taufte sich in VdJ um: Verband der Journalisten der DDR.

Damit jedoch — und mit dem obligatorischen Bekenntnis, auch künftig vordringlich die „Entlarvung des Imperialismus“ betreiben zu wollen — waren die staatsüblichen Pflichtübungen schon absolviert. Bei der Kongreß-Kür ging es dann fast ausschließlich um die Standesünden der Vergangenheit und wie in Zukunft die „wachsenden Bedürfnisse nach politischer, wissenschaftlicher Information“ besser befriedigt werden können.

Dr. Kurt Blecha, Leiter des Presseamts beim DDR-Ministerrat, versprach, daß es jedenfalls „seitens unserer Regierung keinerlei Barrieren in der Informationsarbeit“ mehr geben soll. Und Dr. Karl-Heinz Gerstner, als Fernsehkommentator und Wirtschaftsjournalist im anderen Deutschland als „unser Merseburger“ populär, empfahl, den Satz „Schweigen ist eine schlechte Gewohnheit“ als „Spruchband in unsere Redaktionen zu hängen“. Keine Kritik an Mängeln, so Gerstner, dürfe jemals wieder „falsch verstanden“ werden.

Bei so viel neu gewonnenem Selbstverständnis mochte auch das Ost-Berliner Satire-Blatt „Eulenspiegel“ nicht zurückstehen. Es glossierte den Prototyp der „guten DDR-Pressemeldung“:

Rehbein traf Kipka.

(Berlin. Eig. Ber.) Der Zweite Sekretär des Präsidenten der GfdWZ der DDR, Dr. Dr. Hanskarl Rehbein, ist mit dem Zweiten beratenden Adlatus der MIRKZ der VR Polen, Magister Andrzej Kipka, im Gästehaus des Präsidiums der GfdWZ

der DDR in der Hauptstadt der DDR, Berlin, wo der Zweite beratende Adlatus des Präsidenten der MIRKZ der VR Polen, Magister Andrzej Kipka, auf Einladung des Präsidiums der GfdWZ der DDR in Erwiderung eines Besuches des Zweiten Sekretärs des Präsidenten der GfdWZ der DDR, Genossen Dr. Dr. Hanskarl Rehbein, im Gästehaus des Präsidiums der MIRKZ der VR Polen in der Hauptstadt der VR Polen, Warschau, weilte, zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen von gegenseitigem Interesse.

Vorerst freilich ist in der DDR-Presse noch wenig Besserung zu spüren. Noch immer jubeln, tadeln oder verurteilen die Schlagzeilen zwischen Rostock und Riesa weitgehend unisono, noch immer beispielsweise fehlt — so eine „NDP“-Klage — „auf unseren Seiten“ der „aus dem Leben der Republik geborene Humor“.

Nur eines, weiß ein Ost-Berliner Journalist, „ist jetzt nicht mehr so klein-kariert und klischeehaft“ — „die Darstellung der BRD“. Und in der Tat ist, seit die Staatssekretäre Egon Bahr und

## SCHULEN

### Freie Auswahl

**Sogar von Latein, Deutsch und Mathematik als Abiturfächern können sich Gymnasiasten befreien — in einer Oberstufe, die jetzt erprobt wird und bis 1976 überall in der Bundesrepublik eingeführt werden soll.**

Mit Englisch beginnt jeden Montag fünf Minuten vor zehn Uhr für Marlene Abels, 17, die Woche. In der Landrat-Lucas-Schule I zu Opladen bei Düsseldorf widmet sie sich zusammen mit 23 anderen Jungen und Mädchen der Analyse des US-Regierungssystems.

Nach zwei Stunden wechselt Marlene Abels aus dem Raum 101 in das Zimmer 5 über. Dort wird im Französischunterricht behandelt, was französische Publizisten zum Thema „Der Mensch in unserer Zeit“ veröffentlicht haben.



**Opladener Oberstufen-Schüler\*:** Den Stundenplan macht sich jeder selbst

Michael Kohl regelmäßig miteinander plaudern, seit auf beinahe allen Ebenen geredet und verhandelt wird, die Begleitmusik der DDR-Medien zunehmend auf piano eingestimmt worden. Meldungen aus der Bundesrepublik werden auf den hinteren Seiten eher versteckt als veröffentlicht, und erst unlängst bekannte ein SED-Funktionär: „Wir haben schon ziemlich lange Brandt-Schutzwoche.“

Eben diese Entwicklung mag wohl auch der Ost-Berliner TV-Edelmann und Schwarze-Kanal-Arbeiter Karl-Eduard von Schnitzler („Es ist mein trauriges Los, mich vorwiegend mit den Vorgängen in der Bundesrepublik zu beschäftigen“) im Auge gehabt haben, als er — eher nachdenklich — auf dem Journalistenkongreß bekannte: „Die Zeit des Drauflosdreschens ist vorbei.“

\* In der Arbeitsbibliothek der Landrat-Lucas-Schule I.

Aber von den 21 Mitschülern in Zimmer 5 saßen nur acht vorher mit Marlene im Raum 101 beim Englisch.

Und als sie nach wiederum zwei Stunden im Raum 8 zu zwei Mathematik-Stunden eintrifft, finden sich 19 Schüler ein, von denen sie 16 an diesem Tage noch nicht gesehen hat.

So bleibt es die ganze Woche über. Nach jeder Doppelstunde wechselt nicht nur das Fach, sondern auch der Raum. Und im Laufe von sechs Schultagen sieht Marlene Abels rund hundert verschiedene Gesichter von Mitschülern.

Die Fahr Schülerin aus einem 20 Kilometer entfernten Dorf besucht ein Gymnasium, in dem die Zukunft aller deutschen Oberschüler schon Gegenwart ist. Die Lucas-Schule ist eines der 193 Gymnasien, an denen es bereits die „reformierte Oberstufe“ gibt. Nach den jüngsten, im Juli beschlossenen Richtlinien der Kultusminister-Kon-

ferenz soll sie in spätestens vier Jahren an allen 2250 bundesdeutschen Gymnasien eingeführt sein.

Geblieben ist das Ziel — das Abitur. Aber auf dem Wege dorthin ist vieles anders, als es die Eltern aus der früheren Schulzeit kennen. Und auch den meisten heutigen Schülern ist dieses neue System noch fremd.

Es gibt keine Unterprima und keine Oberprima mehr, sondern nur die Jahrgangsstufen 12 und 13. Sie sind jeweils in zwei Schulhalbjahre unterteilt. Die Versetzung von 12 nach 13 wurde abgeschafft. Die herkömmlichen Zensuren von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“) werden zwar noch erteilt, aber dann in Punkte umgerechnet.

Jeder Schüler stellt sich seinen eigenen Stundenplan auf. Wie ein Selbstbedienungsladen bietet das Gymnasium seinen 670 Oberstufen-Schülern (insgesamt gibt es 1500 Schüler) in allen Fächern 254 verschiedene Kurse und alle Lehrer zur freien Auswahl an.

Die Freiheit geht so weit, daß zwei Schülern desselben Jahrgangs, die extrem entgegengesetzte Interessen haben, nur noch ein Minimum des Unterrichts gemeinsam ist. Wenn sich etwa ein Schüler A soweit wie möglich für Mathematik und Naturwissenschaften entscheidet, ein Schüler B hingegen möglichst für Fremdsprachen, so begegnen sie sich unter Umständen niemals oder nur drei Stunden pro Woche, beispielsweise im Deutsch-Unterricht.

Aber auch hier gibt es noch Differenzierungen. Es kann sein, daß sich der eine nur mit Literatur (Kurs-Thema: „Der Mörder ist immer der Gärtner“), der andere nur mit Linguistik (Thema: „Diachrone und synchrone Betrachtung des Generationenproblems“) befaßt.

Und es ist jedem Schüler möglich, sich sogar von so hochgeschätzten Fächern wie Latein, Deutsch oder Mathematik als Abiturfächern zu befreien.

Die Leitende Ministerialrätin Erna Sebbel, die seit 1965 im NRW-Kultusministerium für Reformen der Oberstufe an Gymnasien zuständig ist, blättert vergebens in einschlägiger Literatur: „Ich konnte keine Reform entdecken, die auch nur annähernd so kompliziert gewesen wäre wie diese, von der die Oberstufe völlig verändert wird.“

Die Verwirklichung dieses Programms hängt davon ab, so resümiert Projektleiter Wolfgang Oertel vom Opladener Lucas-Gymnasium die Erfahrungen von sieben Jahren Reform-Arbeit, „daß Schüler, Eltern und Lehrer die Grundzüge des Systems durchschauen“.

Um den Schülern zu helfen, die neu-gewonnene Freiheit zu nutzen und sich durch das Kurslabyrinth hindurchzufinden, erteilen in Opladen die 75 in der Oberstufe tätigen Lehrer nicht nur Unterricht, sondern sind vielfach auch als

Tutoren tätig. Sie werden von den Schülern gewählt und betreuen durchschnittlich zehn Gymnasiasten.

Das ungewohnte Getriebe der neuen Oberstufe erfordert aber noch mehr Ratgeber. Neben dem Projektleiter, der für die Gesamt-Reform zuständig ist, gibt es Koordinatoren für jede Jahrgangsstufe.

Die Schüler sind allerdings in der Wahl ihres Pensums nicht so frei wie Studenten an den Universitäten. Ihnen ist ein Stunden-Soll vorgeschrieben: Mindestens 30 Wochenstunden müssen sie besuchen (siehe Graphik Seite 54).

Und ihnen ist es auch nicht gänzlich freigestellt, etwa nur ihren Neigungen nachzugehen und unbeliebte Fächer allesamt auszulassen. Das verhindert zum einen die Zuordnung der Fächer zu bestimmten Aufgabenfeldern, zum ande-



Opladener Reformer Oertel, Wichmann  
Für 670 Schüler 254 Kurse

ren die Differenzierung der Fächer in Leistungskurse und Grundkurse.

Jeder Gymnasiast muß sich für zwei Leistungsfächer, in denen er in den Jahrgangsstufen 12/13 bis zum Abitur jede Woche sechs Stunden lang unterrichtet wird, und für zwei weitere Abiturfächer entscheiden, für die je drei Wochenstunden vorgesehen sind.

Vorgeschrieben ist lediglich, daß eines der beiden Leistungsfächer eine Fremdsprache oder Mathematik oder eine Naturwissenschaft ist. Es kann sich also jemand für Deutsch und Latein ebenso entscheiden wie für zwei Fremdsprachen oder für Biologie und Religion.

Um trotzdem ein Minimum an Gemeinsamkeit zu sichern, müssen mit dem dritten und vierten Fach jene „Aufgabenfelder“ berücksichtigt werden, die bei den Leistungsfächern womöglich ausgelassen worden sind. Zum ersten, dem „sprachlich-künstlerisch-literarischen Aufgabenfeld“, zählen Deutsch, Fremdsprachen, Literatur, Kunst und Musik, zum zweiten, dem „gesellschafts-

wissenschaftlichen Aufgabenfeld“, zählen Geschichte, Erdkunde, Philosophie (auch zusammengefaßt zur Gemeinschaftskunde), Erziehungswissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft, zum dritten Aufgabenfeld neben Mathematik die naturwissenschaftlichen Fächer Physik, Biologie und Chemie.

Entscheidet sich also Schüler C für Deutsch und Latein als Leistungsfächer, so muß er die beiden anderen Abiturfächer aus den Bereichen II und III wählen. Mit Geschichte und Chemie hätte er diese Pflicht erfüllt. Hat hingegen ein Schüler D als Leistungsfächer Chemie und Physik gewählt, so muß er Fächer aus den Bereichen I und II hinzunehmen, also beispielsweise Englisch und Erdkunde.

Mit den vier Fächern erreicht ein Schüler allerdings erst 18 von mindestens 30 Stunden, die er pro Woche zu bewältigen hat. Die restliche Zeit wird mit Grundkursen zu je drei Wochenstunden ausgefüllt, von denen er in den letzten beiden Schuljahren insgesamt 16 zu belegen hat. Aber auch hier ist er nicht ganz frei in der Wahl. Er muß mindestens zwei Grundkurse in Deutsch, einer Fremdsprache und einem musischen Fach des Feldes I, vier Kurse eines gesellschaftswissenschaftlichen Faches des Feldes II, zwei Kurse in Mathematik und vier in naturwissenschaftlichen Fächern des Feldes III belegen, soweit diese Kurse nicht schon seine selbstgewählten Abiturfächer sind.

Marlene Abels zum Beispiel hat als Leistungsfächer Deutsch und Englisch, als drittes und viertes Abiturfach Mathematik und Erdkunde gewählt. Zur Zeit nimmt sie außerdem an Grundkursen in Französisch, Erdkunde, Chemie, Kunst und Sport teil. Bis zum Abitur kann sie dieses Programm beibehalten; sie kann aber auch austauschen, etwa Französisch gegen Philosophie.

Wenn zwei Schüler in jedem der vier Halbjahre Grundkurse etwa in Erdkunde belegen, haben sie keineswegs denselben Stoff zu bewältigen. In Opladen laufen durchschnittlich sechs verschiedene Kurse pro Fach und Jahrgangsstufe. Man kann sich also in Erdkunde entscheiden, entweder für „Wirtschaftliche Probleme der Dritten Welt“ oder für „Wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Westeuropa“ oder für einen „Überblick über die naturräumliche Ausstattung der Erde“.

Die Wahlfreiheit mußte jedoch eingeschränkt werden, da kein Kurs von mehr als 25 Schülern belegt werden soll und einige Kurse — teils des Themas, teils des Lehrers wegen — mehr als andere gefragt sind.

Überdies kann ein Großteil der Kurse nicht von jedem Schüler gewählt werden, da die Kurse vielfach im Stundenplan zu verschiedenen Zeiten liegen. Der Projektleiter muß mithin die Schüler auf die Kurse verteilen; in Härtefällen

können sich Schüler jedoch auch einen anderen Kurs einhandeln.

Gleichwohl läßt sich die 25er-Frequenz nicht immer einhalten. So besuchen in Opladen nur acht Schüler der Jahrgangsstufe 12 den einzigen Russisch-Kurs, aber 32 einen der sechs Kunst-Kurse.

Als Vorteile des neuen Systems werden vor allem genannt, daß

- ▷ neue Fächer angeboten werden können, die von vornherein nur für eine Minderheit der Schüler gedacht sind, etwa Statistik, Datenverarbeitung, Einführung in das Recht oder Psychologie;

gestellt wird. Sie sind überzeugt, daß viele ihrer schwarzen Schafe, die bislang dank der obligatorischen Hauptfächer auf der Strecke blieben, nunmehr mit sogenannten leichten Fächern durch die Lappen des Abiturs gehen. Und sie befürchten schließlich, daß der Arbeitseifer der Schüler nachläßt.

Diese Kritik halten Lehrer, die in Opladen Erfahrungen mit der neuen Oberstufe sammelten, nicht für berechtigt. Oertel: „Bei uns hat jeder vierte Schüler Mathematik als Leistungsfach, Deutsch oder Englisch jeder sechste, wobei die meistgewählte Kombination Mathematik und Englisch ist.“ Doch er

kann mithin an kleineren Gymnasien nur begrenzt verwirklicht werden.

- ▷ Auf weite Sicht und bei voller Entfaltung des Systems wird zumindest für die Oberstufe der Ganztagsunterricht eingeführt und der Schüler mittags in der Schule verpflegt werden müssen; auch in Opladen geht der Unterricht bis 15.30 Uhr.

Andere Schwierigkeiten, unter denen in der Opladener Landrat-Lucas-Schule derzeit Lehrer wie Schüler leiden, brauchen hingegen anderswo nicht aufzutreten. Der Raummangel, der die Schüler in den Zwangspausen — je nach Witterung — in Kaffeehäuser oder Parkanlagen treibt, führte bereits zu einem ausgedehnten Unterrichts-Streik. Stets sind alle Räume mit Kursen belegt, nie können Schüler die oft stundenlangen Wartezeiten in einem Schulzimmer überbrücken — arbeitend, lesend oder auch nur plaudernd.

Von den Lehrern, die alle dem Schulversuch zugestimmt haben, vermochten zunächst viele kaum zu ermessen, was auf sie zukam. Sie können nun nicht mehr so — wie es in traditionellen Gymnasien noch eher möglich ist — aus Wissen und Routine schöpfend über die Runden kommen. Hier müssen sie, um die anspruchsvollen und am neuesten Stand der Wissenschaft ausgerichteten Kurse geben zu können, selber vorher Kurse besuchen.

Überdies sind sie unter eine Traufe von Verwaltungsarbeit geraten, die sie nach Ansicht des Projektleiters Oertel nicht mehr sehr lange nebenamtlich durchstehen können.

Oertel: „Der Verwaltungsaufwand pro Schüler beträgt hier in jedem Halbjahr zwei bis drei Stunden, in den traditionellen Gymnasien dagegen etwa zehn Minuten im ganzen Schuljahr.“

So folgten denn auch bislang nur 65 von 615 Gymnasien des volkreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen dem Lockruf ihres Kultusministeriums, ab Beginn des Schuljahres 1972/73 die Oberstufe von morgen zu erproben. 100 Oberstufen hätten sich zu dieser Versuchsreihe melden können.

Mangelnde Lehrer an den Schulen und mangelnde Lehrer-Lust an Schulreformen verhindern auch in Nordrhein-Westfalen, daß die von der Kultusminister-Konferenz beschlossene Oberstufen-Reform allzu schnell Wirklichkeit wird. Die Masse der NRW-Gymnasien (400) verweilt noch beim überkommenen Oberstufen-System. 145 Gymnasien haben sich dem Zukunftsmodell bereits mehr oder minder angepaßt, indem sie einzelne, mehrere oder auch alle Fächer in Kurse umfunktionierten. Fünf Gymnasien probieren die Kollegscheule, in der Oberschüler und Berufsschüler gemeinsam unterrichtet werden. (SPIEGEL 18/1972).

Selbst in Opladen halten die meisten Lehrer, die an den Versuchen mitgear-

## QUAL DER WAHL

Beispiel eines individuellen Fächerplans am Gymnasium Opladen

Jeder Schüler der Jahrgangsstufe 12 muß mindestens 30 Stunden in der Woche belegen. Er wählt 4 Abiturfächer, in denen er nach zwei Jahren geprüft wird:

- zwei Leistungsfächer zu je sechs Stunden (eins davon muß entweder eine Fremdsprache oder Mathematik oder eine Naturwissenschaft sein);
- zwei weitere Abiturfächer zu je drei Stunden.

Der Schüler muß dabei aus jedem der drei Aufgabenfelder mindestens ein Fach belegen.

Für die restlichen zwölf Stunden belegt er, jeweils ein Halbjahr lang, vier Kurse zu je drei Stunden. Im Lauf der letzten beiden Schuljahre absolviert er mithin 16 zusätzliche Kurse. Dabei sind ihm bestimmte Grundkurse vorgeschrieben, an denen er innerhalb der vier Halbjahre bis zum Abitur teilnehmen muß:

<b>AUFGABENFELD I</b> SPRACHLICH-LITERARISCH-KÜNSTLERISCH	DEUTSCH	ENGLISCH	je zwei Grundkurse in Deutsch, einer Fremdsprache, einem musischen Fach
	FRANZÖSISCH	RUSSISCH	
	LITERATUR	LATEIN	
	MUSIK	KUNST	
<b>AUFGABENFELD II</b> GESELLSCHAFTS-WISSENSCHAFTLICH	PHILOSOPHIE	GESCHICHTE	vier Grundkurse in Gemeinschaftskunde (Teilbereiche: Geschichte, Erdkunde, Philosophie)
	ERZIEHUNGS-WISSENSCHAFT	WIRTSCHAFTS-WISSENSCHAFT	
	SOZIOLOGIE	ERDKUNDE	
<b>AUFGABENFELD III</b> MATHEMATISCH-NATURWISSENSCHAFTLICH-TECHNISCH	MATHEMATIK	zwei Grundkurse in Mathematik, vier Grundkurse in einer Naturwissenschaft	
	PHYSIK		
	CHEMIE		
	BIOLOGIE		
	SPORT		
	RELIGION	Außerdem muß er belegen drei Grundkurse in zwei Grundkurse in	

Leistungsfächer     zusätzliche Kurse  
 weitere Abiturfächer

DER SPIEGEL

- ▷ die Schüler je nach Begabung und Berufswunsch Schwerpunkte setzen und sich in den Fächern ihrer Wahl besser für Studium und Praxis vorbereiten können als heute;

- ▷ der Schüler — so die Kultusminister-Konferenz in ihrer Vereinbarung über die Reform der Oberstufe — „in größerem Maße als bisher selbst am Entstehen und an der Auswahl der Leistungsforderungen beteiligt wird“.

Von den Kritikern der Reform wird als Nachteil vor allem befürchtet, daß die Schüler sich zu früh spezialisieren und die gemeinsame Basis zu schmal wird.

Vornehmlich ältere Studienräte befürchten überdies, daß mit der Oberstufenreform Faulpelzen ein Freibrief aus-

und seine Kollegen verkennen nicht, daß die Umstellung aller Gymnasien der Bundesrepublik einige Schwierigkeiten mit sich bringen wird:

- ▷ Der Übergang von einer alten zu einer neuen Oberstufe (und umgekehrt), etwa beim Ortswechsel der Familie, wird erschwert und kann für den einzelnen Schüler ohne eigene Schuld den Verlust eines halben oder ganzen Schuljahres bedeuten.

- ▷ Bei individueller Wahl von Fächern gibt es für Schüler und Lehrer mehr Leerstunden als beim einheitlichen Stundenplan für Jahrgangsklassen.

- ▷ Das neue System ist erst bei mindestens 40 Schülern je Oberstufen-Jahrgang halbwegs praktikabel. Es

beitet und dabei auch mancherlei Rückschläge erlitten haben, jetzt nur noch gedämpften Optimismus für angebracht.

Dem Leiter der Landrat-Lucas-Schule I, Oberstudiendirektor Alfred Wichmann, geht das KMK-Modell noch nicht weit genug. Er hält es „eher für einen Kompromiß, der manche Erwartungen zurückschraubt: organisatorisch eine Fülle tiefgreifender und außerordentlich komplizierter Veränderungen, die den individuellen Bedürfnissen der Schüler durchaus entgegenkommen, aber im Grunde doch ein Festhalten an den alten Bildungsvorstellungen“.

Die Oberstufen-Reform ist für Reformformer Wichmann deshalb kaum mehr als ein „brauchbarer Ansatz für eine wirkliche Reform“.

## UNTERNEHMEN

### Veba käuflich

**Im Falle ihres Wahlsieges will die CDU einen Teil des halbstaatlichen Energiekonzerns Veba privatisieren. Fachleute fürchten, daß ausländische Interessenten sich dann in das Unternehmen einkaufen.**

Bisher glaubte Veba-Generaldirektor Rudolf von Benningsen-Foerder immer, vor einem Aufkauf seines Düsseldorfer Chemie- und Energie-Trusts durch ausländische Konzerne sicher zu sein, weil der Bund 40 Prozent der Aktien des 1965 teilprivatisierten Misch-Konzerns hält: „Welches Unternehmen sollte das tun? Das wäre ja dumm. Wir machen schließlich keine Damenwäsche.“

Seit einigen Wochen jedoch fürchten Aufsichtsräte und Energie-Experten, daß auswärtige Interessenten wie etwa die großen internationalen Ölkonzerne sehr wohl Aussicht haben, in die Veba, einen der größten deutschen Energieerzeuger, einzubrechen.

Anlaß zur Sorge gibt ein auch von vielen Kleinaktionären unterstützter Plan der CDU/CSU, die Veba-Beteiligung des Bundes auf 26 Prozent herabzusetzen: Im Falle eines CDU-Wahlsieges im Dezember, so wollen die Unions-Politiker ihrem Wahlvolk versprechen, soll schon Anfang 1973 der ausgesonderte Veba-Aktienposten von 14 Prozent unter Deutschlands Kleinaktionäre gestreut werden.

In bester Wahlkampf-laune trommelt vor allem der CSU-Bundestagsabgeordnete und Ex-Schatzminister Werner Dollinger für eine weitere Privatisierung des Düsseldorfer Mammut-Konzerns (58 000 Beschäftigte, 9,4 Milliarden Mark Umsatz), von der er sich Wählerzulauf aus den Reihen der 1,2 Millionen Veba-Volksaktionäre erhofft.

Noch 1965 freilich hatte der CSU-Matador, damals Schatzminister in

Bonn, bei der Teilprivatisierung des Veba-Konzerns den beherrschenden Einfluß des Bundes als dringend notwendig verteidigt: „Es erscheint uns im Interesse der Volksaktionäre und aus energiepolitischen Erwägungen geboten, den Mehrheitseinfluß des Bundes auf die Veba nicht aus der Hand zu geben.“

Auf der Suche nach dem plötzlichen Sinneswandel des Unions-Politikers wurden einige Veba-Aufsichtsräte schnell fündig: „Das ist reine Wahlkampfstrategie.“ Und ein prominentes Ratsmitglied blickte schon weiter: „Das wäre eine Katastrophe für die deutsche Energiewirtschaft.“

Die Räte argwöhnen, daß der christdemokratische Veba-Plan internationalen Öltrusts wie etwa der amerikanischen Standard Oil (N. J.) oder der britisch-holländischen Royal Dutch/Shell, die gemeinsam auch noch die westdeutschen Erdgas-Förderungsgesellschaften Brigitta und Elwerath beherrschen, noch mehr Macht zuspitzen könnte.

Denn bei einer Beteiligung von nur 26 Prozent an der Düsseldorfer Veba wäre der Bund die Mehrheit in der Hauptversammlung los, die ihm bislang wegen meist geringer Präsenz des stimmberechtigten Kapitals bereits sein 40-Prozent-Anteil sicherte.

Für kapitalkräftige Interessenten wäre dann der Weg frei, über die Börse Aktienpakete zusammenzukaufen und auf Veba-Hauptversammlungen Beschlüsse eigenen Geschmacks durchzusetzen, die sich auch einmal gegen die Wünsche der Bonner Energie-Politik richten könnten.

Die Bundesregierung würde damit eine der letzten Möglichkeiten einbüßen, regulierend, aber marktkonform in das Ölgeschäft einzugreifen — wie es andere EWG-Staaten unangefochten tun. Denn schon jetzt kontrolliert die große Öl-Internationale Esso, Shell,



Veba-Chef von Benningsen-Foerder  
Angst vor ausländischen Käufern



Veba-Hauptversammlung  
Beherrschender Einfluß des Bundes

BP, Texaco und Mobil Oil mehr als zwei Drittel des Mineralölmarktes der Bundesrepublik.

Durch eine Beteiligung an der Ruhrgas AG in Essen, des größten Erdgas-Versorgungsunternehmens in der Bundesrepublik, konnten vor allem Esso und Shell auf einen weiteren Energie-spender in Deutschland Einfluß nehmen. Über die Veba könnten sich die multinationalen Konzern-Riesen nun zum erstenmal auch in einen der wichtigsten deutschen Stromerzeuger einkaufen: Die Veba-Tochtergesellschaft Preußenelektra in Hannover betreibt 38 Kraftwerke und ist damit nach der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE) in Essen Deutschlands zweitgrößter Stromlieferant.

Aber selbst das Mineralöl-Geschäft der Veba übt auf die weltweit operierenden Öl-Trusts der Amerikaner, Briten und Holländer einigen Reiz aus. Die Veba besitzt drei eigene Raffinerien, in denen Vergasertreibstoffe, Diesel- und Heizöle destilliert werden, und ist mit 28 Prozent an der Aral AG beteiligt, die das engste Marken-Tankstellennetz in Deutschland besitzt.

„Die Veba ist fast als einziger bedeutender Stromerzeuger in Europa käuflich“, warnte denn auch der Bonner Informationsdienst „Fuchsbriefe“ vor den eilfertigen Plänen der CDU/CSU. In der Tat befinden sich so wichtige Energie-Konzerne wie das Essener RWE und die Dortmunder Vereinigten Elektrizitätswerke AG (VEW) vorwiegend im Besitz der Kommunen und sind damit vor heimlichen Käufern abgeschirmt. Englands und Frankreichs Kraftwerke werden von den Regierungen in London und Paris sogar direkt kontrolliert.

Um einen drohenden Ausverkauf der Veba-Interessen zu verhindern (Veba-Chef Benningsen: „Wir haben ja schließlich eine volkswirtschaftliche Aufgabe“), sammeln sich jetzt die Ener-